3.2-7302 Demokratie und Zivilgesellschaft

Antragsteller*in: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Text

Von Zeile 7300 bis 7301 einfügen:
Ersatzstimmensystem, das verfassungsrechtlich sorgfältig geprüft werden müsste. Diese Debatte wollen wir parteiübergreifend und offen führen.

Die Änderungen am Gemeinde- und Kreiswahlgesetz werden wir nach der Kommunalwahl 2028 evaluieren und bewerten, ob das Ziel, die vorgesehenen Regelgrößen einzuhalten, erreicht wurde. Sollten die kommunalen Parlamente weiterhin deutlich größer als vorgesehen sein, setzen wir uns für eine Verringerung der Zahl der Wahlkreise bei gleichzeitiger Beibehaltung der Regelgrößen ein. Dadurch würden proportional mehr Vertreter über die Listen in die Parlamente einziehen und Überhangmandate vermieden.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Ändern in:

Begründung

Die Anpassung des GKWG könnte bereits zur Kommunalwahl 2028 die Anzahl der Mandate auf die Regelgröße erreichen. Sollte dies jedoch nicht ausreichend geschehen, sollte als Folge nicht weiter eine Verminderung der Regelgrößen in Betracht gezogen werden, da dies langfristig die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen könnte, sollte die gesetzliche Zahl eingehalten werden.

Unterstützer*innen

Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Gerrit Buse (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Peer Lessing (KV Pinneberg); Jessica Leutert (KV Kiel)